

II-5548 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2799 /J

A N F R A G E

1988 -10- 19

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, Weinberger,  
Strobl und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend verbesserte Betreuungsmöglichkeiten durch den  
Verein für Sachwalterschaft - Geschäftsstelle Innsbruck

Das "Bundesgesetz über die Sachwalterschaft für behinderte  
Personen" sieht die Bestellung eines Sachwalters für jene  
Menschen vor, die nicht in der Lage sind, ihre Angelegen-  
heiten ohne Nachteil für sich selbst zu besorgen.

Neben Eltern, Verwandten und Bekannten kommen als Sachwalter  
vor allem hauptamtliche Mitarbeiter des Vereins für  
Sachwalterschaft in Frage.

Seit der Gesetzesnovelle im Jahre 1983 sieht die Tätigkeit  
des Sachwalters über die rein vermögensrechtliche Betreuung  
hinaus umfassende persönliche Hilfestellungen für den behin-  
derten Menschen vor. Die Erfüllung dieser Aufgaben verlangt  
vom Sachwalter ein hohes Maß an Fachwissen und  
Professionalität, die naturgemäß nur speziell ausgebildete,  
hauptamtlich tätige Sachwalter aufweisen können.

In Tirol verfügt der Verein für Sachwalterschaft derzeit nur  
über 3 Sachwalter, die die Sprengel der Bezirksgerichte Inns-  
bruck, Hall und Telfs betreuen. Für alle anderen  
Gerichtssprengel steht derzeit kein hauptamtlich tätiger  
Sachwalter zur Verfügung.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundes-  
minister für Justiz folgende

A n f r a g e:

- 1.) Sind Sie bereit, der Geschäftsstelle Innsbruck des Vereins für Sachwalterschaft zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen, damit diese ihren Betreuungsbereich auf weitere Tiroler Gerichtssprengel ausdehnen kann?
- 2.) Wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt kann die Geschäftsstelle Innsbruck mit zusätzlichem Personal rechnen?